



Die große Enteignung

Description

Das WEF kündigt auf seinem Facebook-Auftritt mit einem [Filmchen](#) an: „2030 – Sie werden nichts besitzen. Und Sie werden glücklich sein.“ Die rechtlichen Grundlagen für eine solche Enteignung sind mittlerweile weitgehend geschaffen worden.

Wie man unter diesen Umständen im Kapitalismus glücklich sein kann, steht auf einem anderen Blatt. Und ist auch nicht Gegenstand des nachfolgenden Textes. Der basiert auf einer Veröffentlichung von David Rogers Webb „[Die große Enteignung](#)“, in dem dargestellt wird, wie es dazu kommen könnte, dass Sie demnächst nichts mehr besitzen werden, wie vom Weltwirtschaftsforum (WEF) so unverfroren vorhersagt.

Die Enteignung von Sicherheiten, von allen Sicherheiten ist das Finale des gegenwärtigen, weltweit synchronisiert ablaufenden Superzyklus wachsender Verschuldung, schreibt Webb. Sie ist von langer Hand vorbereitet worden und betrifft alle Wertpapiere, alle Bankguthaben, alle Aktien und Anleihen und damit auch das gesamte geldliche und dingliche Kapital aller öffentlichen Unternehmen. Persönliches Eigentum und Grundbesitz, sofern mit Schulden finanziert, wird auf ähnliche Weise beschlagnahmt werden. Es droht die größte Eroberung und Unterwerfung der Weltgeschichte, so Webb.

Der Präzedenzfall für einen solchen Plan und für seine Ausführung findet sich in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, der Zeit der Weltkriege und der Großen Depression. Der vom WEF organisierte „Große Reset“ geht aber weiter und kann zu einer nie dagewesenen Konzentration von Reichtum und Macht über die verarmte Menschheit führen.

Der Text von Webb liest sich wie eine Verschwörungstheorie. Aber Sie wissen ja seit „Corona“ – die diesbezügliche Verschwörungstheorie wird auch Stück für Stück wahr.

In keinem Land der Welt gibt es heute noch für das allgemeine Publikum direkte, buchmäßig einzeln erfasste Eigentumsrechte an Wertpapieren. In dem großen Plan, alle Sicherheiten zu enteignen, war diese Dematerialisierung von Wertpapieren der erste Schritt.

Der erste Schritt – statt Eigentum nur noch Anspruch (aufklappen)

Die Planungen zur Dematerialisierung von Wertpapieren begannen vor über einem halben Jahrhundert damit, die bisherigen Papier-Zertifikate abzuschaffen und durch Einträge in einem computergestützten Buchungssystem zu ersetzen. Dabei wurde das traditionelle Eigentumsrecht durch das neu erfundene



Rechtskonstrukt des „security entitlement“ ersetzt.

Es entstand die Sammelverwahrung auf Omnibus-Konten, bei denen nur noch der Verwahrer, z.B. die Depot-Bank, eingetragen ist. Die in diesem Zusammenhang geschaffene Depository Trust Corporation (DTC; Anlagen-Treuhandgesellschaft) wurde zum weltweiten Vorbild für die Zentralverwahrer von Sicherheiten (central securities depositories, CSD) und für die zentralen Clearing-Gegenparteien (central clearing counterparties, CCP).

Diese Zentralverwahrer verwalten die sogenannten „Ansprüche“ auf Wertpapiere (security entitlement), die im Falle der Zahlungsunfähigkeit des Verwahrers dem Inhaber nur eine schwache Position einräumen. Alle Wertpapiere werden in ungetrennten Pools gehalten; ein „Anspruch“ besteht nur auf Anteile eines Pools, nicht aber auf individuelle Zertifikate. Wertpapiere, die als Sicherheiten eingesetzt werden, und solche, für die eine solche Verwendung nicht zulässig ist, werden im selben Pool gehalten.

Depotkonto-Verwalter und Kapitalanlagegesellschaften (Fonds) können rechtmäßig von ihnen verwahrte Wertpapiere ausleihen, etwa um zusätzliche Einnahmen zu erzielen. (siehe z.B. [hier!](#)). Eine „Safe Harbor“-Regelung (siehe unten!) gibt den Ansprüchen von gesicherten Gläubigern auf gepoolte Wertpapiere Vorrang vor denen ihrer eigentlichen Besitzer. Die Forderungen der Gläubiger eines Zentralverwahrers haben Vorrang vor den Forderungen der Anspruchsinhaber.

In der Tat kommt es bei Verwahrern häufig zu Fehlbeträgen aufgrund von Fehlinvestitionen und aus anderen Gründen; diese haben aber generell keine Konsequenzen – außer im Falle der Insolvenz des Wertpapierverwahrers.

Bei einem Ausfall des Depotkonto-Anbieters wird etwa in den USA ein Kunde, der lediglich einen vertraglichen Anspruch hat, zu einem ungesicherten Gläubiger, was bedeutet, dass seine hier gehaltenen Assets in der Regel in die Insolvenzmasse eingehen. Beim Versuch, sein Vermögen zurückzubekommen, muss er sich zusammen mit allen anderen ungesicherten Gläubigern hinten anstellen.

In Deutschland gelten Kunden-Assets nach Kapitalanlagegesetz (KAG) als Sondervermögen außerhalb der Insolvenzmasse. Das gibt im Konkursfall des Verwahrers einen gewissen Schutz.

Als Vorteil des Rechtskonzepts der USA wird angepriesen, dass als Sicherheiten potenziell mehr Vermögenswerte verfügbar sind. Kritiker sehen genau darin eine Gefahr für die Stabilität des Systems, weil auf dieser Grundlage geschaffenen Wertpapiere letztlich durch dieselben zugrunde liegenden Realwerte (mehrfach) besichert sind.

Die Illusion der Besicherung (aufklappen)

Die Illusion der Besicherung wird durch eine Kette von Verpfändungen ermöglicht, bei denen dieselben Vermögenswerte, welche eigentlich den Kunden gehören, von einer Reihe von privilegierten Gläubigern mehrfach wiederverwendet werden. Die wiederholte Verwendung von Wertpapieren als Kreditsicherheiten erhöht das Risiko für das Finanzsystem, da bei einer Insolvenz eventuell mehrere Gegenparteien um dieselbe Sicherheit konkurrieren, in einen sogenannten „Prioritätswettbewerb“ treten. Infolge der Nachfrage nach Sicherheiten (z.B. für Derivate-Geschäfte) werden Wertpapiere von den Marktteilnehmern zunehmend als Finanzierungsinstrument betrachtet. Solche Trends verstärken die Tendenzen, Wertpapiere nicht länger als Investition, sondern wie Geld zu behandeln.

Auf dem G20-Gipfel im Jahr 2009 wurde unter dem Eindruck der Finanzkrise entschieden, auch **OTC-Transaktionen (over the counter) künftig über Clearing-Häuser transparent abzuwickeln**. Derivate wurden zuvor nahezu völlig unreguliert gehandelt und waren, wie die Finanzkrise zeigte, zu einer

großen Gefahr für das Finanzsystem geworden. In der EU werden die meisten (fast alle) Derivate-Geschäfte seit 2016 über Clearingstellen abgewickelt (siehe [hier!](#)), so dass sich das Risiko der Finanzmärkte hier konzentriert.

Der Derivate-Markt ist inzwischen so groß geworden, dass es auf der ganzen Welt nicht genügend Sachwerte gibt, um ihn zu besichern. Webb schiebt, er sei etwa zehnmal so groß wie die gesamte Weltwirtschaft. Das globale BIP kam 2023 auf rund 105 Bll. Dollar. Andere Schätzungen gehen von einem Volumen von 1.500 Billionen (Billion \wedge 10 hoch 12) aus ([Chartquelle](#) – siehe auch [hier](#), bei 20:29).



Heute sind praktisch alle Wertpapiere, die der Öffentlichkeit in Form von Depotkonten, Pensionsplänen und Investmentfonds „gehören“, als Sicherheiten für den Derivate-Komplex belastet.

Die globale Harmonisierung (aufklappen)

Diese Entwicklung nahm in den USA und in Kanada ihren Anfang. Die weltweiten Bemühungen darum, die gesetzlichen Regelungen dem US-Modell anzupassen, begannen nach dem Platzen der Dotcom-Blase vor mehr als zwanzig Jahren. Als Vorwand zur Rechtfertigung dieser Maßnahmen wurden die finanzielle Stabilität und die behauptete „Gefahr einer Sicherheitenknappheit“ bemüht.

Nach jahrelangen Bemühungen wurde das Haager Wertpapierübereinkommen im Juli 2006 lediglich von den Vereinigten Staaten, der Schweiz und Mauritius unterzeichnet. Es trägt zur Schaffung eines modernen und sicheren Finanzplatzes bei, wie es [hier](#) heißt, und sei das bedeutendste Projekt zur Vereinheitlichung des internationalen Privatrechts im Bereich der mediatisiert verwahrten Wertpapiere. Es regelt, welches Recht bei grenzüberschreitenden Wertpapiergeschäften anzuwenden ist.

Das EU-Parlament widersprach im Dezember 2006 der Unterzeichnung des Haager Wertpapierübereinkommens, da im europäischen Recht seinerzeit Klauseln den Eigentümern von Wertpapieren in den meisten Ländern die vollen Eigentumsrechte zusicherten (siehe [hier!](#)). In Europa gibt es zudem den alten Rechtsgrundsatz der *lex rei sitae*, d.h. der Rechtsstandort ist dort, wo sich das Eigentum befindet. Daher konnte die Bestimmung des Übereinkommens, den Ort des Depotverwahrers zum Rechtsstandort zu erklären, nicht ohne weiteres umgesetzt werden.

Auf dem G20-Gipfel im Jahr 2009 wurde unter dem Eindruck der Finanzkrise entschieden, auch OTC-Transaktionen (over the counter) künftig über Clearing-Häuser transparent abzuwickeln. Sie waren zuvor



völlig unreguliert abgelaufen und waren, wie die Finanzkrise zeigte, zu einer großen Gefahr für das Finanzsystem geworden.

Noch im Jahre 2012 war sich die Generaldirektion Binnenmarkt und Dienstleistungen der Europäischen Union offensichtlich über die Risiken des Haager Wertpapierübereinkommens völlig im Klaren. Sein offensichtliches Ziel, den privilegierten Gläubigern Rechtssicherheit zu verschaffen, wurde jedoch von den EU-Behörden nicht in Frage gestellt.

2014 wurde in der EU schließlich mit der Verordnung über Zentralverwahrer (Central Securities Depository Regulation, EU-Richtlinie Nr. 909/2014) der Weg in die Zukunft geebnet. In den Büchern der nationalen Zentralverwahrer (CSD) wird der Kunde als „Eigentümer“ geführt, ein mit den nationalen CSDs verbundener internationaler zentraler Wertpapierverwahrer (International Central Security Depository, ICSD) hält die Sicherheiten der Kunden aber in Sammelkonten. Dadurch werden „grenzüberschreitende Dienstleistungen“ erleichtert, einschließlich der weiteren Nutzung (d.h. Verpfändung) dieser Kundensicherheiten.

Dies entspricht im Wesentlichen dem US-amerikanischen Modell, bei dem alle Verwahrer Konten bei der Anlagen-Treuhandgesellschaft DTC haben (vgl. Kapitel 2), die alle Wertpapiere in Sammelkonten verwahrt. Die DTC fungiert als ein ICSD.

Die grenzüberschreitende Mobilität von Sicherheiten war und ist ein wesentlicher Bestandteil all dieser weitreichenden Pläne.

Wer profitiert von der Harmonisierung? Der vorgebliche Grund hierfür ist die „Nachfrage nach Sicherheiten“ durch „Marktteilnehmer“. Der angebliche Bedarf für Sicherheiten wurde dabei nur behauptet, nicht durch echte Marktkräfte getrieben, sondern durch ordnungspolitische Vorgaben festgelegt, so Webb.

Das Wort „Marktteilnehmer“ ist ein Euphemismus für die mächtigen Gläubiger, welche die Regierungen kontrollieren. Sie haben viele Jahre lang darauf hingearbeitet, rechtssichere Ansprüche auf das Vermögen privater Investoren zu bekommen. Diese Ansprüche sollen weltweit gelten, ohne jede Ausnahme; und obendrein muss gewährleistet sein, dass die beanspruchten Sicherheiten nahezu sofort grenzüberschreitend transferiert werden können.

Derivate und Sicherheiten (aufklappen)

Finanzderivate sind Verträge über alle möglichen Dinge; sie sind zwar von der physischen Realität losgelöst, aber man kann sie dazu verwenden, reale Werte als Sicherheiten zu verpfänden. Das ist die Voraussetzung dafür, diese Sicherheiten dann letztendlich auch wegnehmen zu können. Und erklärt deren besondere Bedeutung für das „Endspiel“. **Der Derivate-Markt ist ein, wenn nicht DER zentrale Hebel zur Fianzialisierung des gesamten realwirtschaftlichen Lebens.**

Der grenzüberschreitende Transport aller Wertpapiere wird dadurch gewährleistet, dass nationale mit internationalen Zentralverwahrern verknüpft werden. Im Rahmen von Handelsprozessen reichen diese die Sicherheiten an die zentralen Gegenparteien (central clearing counterparties, CCPs) weiter, bei denen sich das Risiko des Derivatekomplexes konzentriert. Und genau die „gesalbten“ gesicherten Gläubiger werden die Sicherheiten übernehmen, wenn die CCPs ausfallen.

Die Weiterleitung von Sicherheiten an CCPs und Zentralbanken, und zwar im gesamten Markt, falls dieser ins Wanken gerät, ist automatisiert, damit Wertpapiere schnell eingesetzt werden können, um den Bedarf an Einschusszahlungen bei CCPs zu decken, oder um sie in Notfällen an Zentralbanken zu verpfänden, um besser an Kredite vom Kreditgeber der letzten Instanz heranzukommen.

Die Strategie zur Mobilisierung von Wertpapieren/Assets ist wohlüberlegt und wurde über Jahrzehnte hinweg konsequent verfolgt, um alle Sicherheiten den größten gesicherten Gläubigern



hinter dem Derivatekomplex in die Hände zu spielen.

Das Platzen der weltweiten Blase in der Finanzkrise 2008 diente als Anlass, um über die Zentralisierung des Derivate-Marktes bei den Zentralverwahrern und die hierzu angeblich erforderlichen Sicherheiten die Begründung zu schaffen dafür, rechtssichere, automatisierte, effiziente, international wirksame Ansprüche auf das Vermögen privater Investoren zu etablieren.

Strategie in Richtung Endspiel (aufklappen)

Auf die „Everything Bubble“, die allumfassende Marktblase, wird unweigerlich der „Everything Crash“ folgen. Sobald die Preise für praktisch alles abstürzen und Finanzunternehmen rasch zahlungsunfähig werden, werden die Sicherheiten-Management-Systeme automatisch alle Sicherheiten zusammenkehren und an die zentralen Clearing-Gegenparteien (CCPs) und die Zentralbanken weiterleiten. Der Derivate-Markt und die Asset-Blase wurden so weit aufgebläht, dass sie in keinem Verhältnis zu den realen Vermögenswerten oder Aktivitäten mehr stehen. **Dies muss in einer Katastrophe enden**, die sehr viele Leute ruinieren wird. Danach wird es in keinem Land irgendeinen Rest von Widerstandskraft mehr geben.

Die Falle, in die man alle Nationen getrieben hat, steht bereit und wartet darauf, zuzuschnappen. Angefangen hat es bei den Regierungen, die ihre Bürger um ihre Eigentumsrechte betrogen haben. Die jahrzehntelange, scheinbar außer Kontrolle geratene [Finanzialisierung](#), die der Menschheit insgesamt keinen Nutzen gebracht hat, wird ein dramatisches Ende finden. All dies wurde planvoll durchgezogen, das ist das Endspiel, so Webb.

Im Jahr 2005, weniger als zwei Jahre vor Ausbruch der globalen Finanzkrise, wurden die „Safe Harbor“-Bestimmungen im US-Konkursrecht erheblich geändert. Ziel war es, einen nachträglich nicht mehr anfechtbaren „sicheren Hafen“ für gesicherte Gläubiger gegen Ansprüche von Kunden auf ihr eigenes Vermögen zu schaffen.

'Gesalbte', geschützte Gläubiger (aufklappen)

Webb zitiert aus dem Buch „Konkursrecht ohne sicheren Hafen“: „Die Safe-Harbor-Regelungen decken ein breites Spektrum von Verträgen ab, die als Derivate betrachtet werden können, (...) vor allem Swap-Vereinbarungen. Die letztere Kategorie hat sich zu einer Art „Auffang-Definition“ entwickelt, die auf alle Derivate am Markt anwendbar ist, gegenwärtig und in Zukunft. (...) Ein geschützter Vertrag (...) ist nur geschützt, wenn der Inhaber auch eine geschützte [juristische] Person im Sinne des Konkursgesetzes ist. Finanzielle Teilnehmer –insbesondere sehr große Finanzinstitute– sind immer geschützt.“ Unnötig zu erwähnen, dass diese Safe-Harbor-Regelungen von den Unternehmen der Derivateindustrie als notwendige Maßnahmen befürwortet wurden. Nur so könne eine Derivate-Position rechtzeitig geschlossen werden, um eine Kaskade an Insolvenzen bei Finanzinstituten zu verhindern. Dafür öffnen sie aber Versuchen Tür und Tor, am Vorabend eines Konkurses große Mengen an Sicherheiten zu erbeuten, die in keinem Verhältnis zum tatsächlichen Wert der besicherten Geschäfte stehen. Dies beschleunigt das Scheitern bereits geschwächter Finanzunternehmen und birgt ebenfalls die Gefahr einer Kaskade an Insolvenzen bei Finanzinstituten.

Der Konkurs von Lehman Brothers wurde genutzt, um einen gerichtlichen Präzedenzfall zu schaffen. Dieser besagt, dass die „geschützte Klasse“ der gesicherten Gläubiger einen absolut vorrangigen Anspruch auf die Vermögenswerte der Kunden hat. Damit ist klar, dass am Ende die Mitglieder dieser Klasse all diese Vermögenswerte auch in Besitz nehmen können.

Zentrale Clearingstellen (Central Counterparty, CCP) sorgen für das Clearing und die Abrechnung von



Geschäften mit Devisen, Wertpapieren, Optionen und vor allem mit Derivaten. Fällt bei einem solchen Geschäft ein Teilnehmer aus, dann übernimmt die CCP dessen Verpflichtungen. **Daher ist die CCP selbst dem kumulativen Risiko aller ihrer Mitglieder ausgesetzt**, sie trägt das Kontrahentenrisiko.

Können zentrale Clearingstellen ausfallen? (aufklappen)

2020 hat Euroclear, eine Zentrale Gegenpartei (Central Counterparty (CCP)), festgestellt, dass die Finanzvorschriften der Länder (immer noch) nicht vollständig harmonisiert sind, wobei sich die Risiken in den Finanzsystemen auf eben diese CCPs konzentrieren. Die EU-Initiative zur Schaffung eines Sanierungs- und Abwicklungssystems für CCPs sah zu diesem Zeitpunkt vor, dass der Steuerzahler nicht aufkommt, wenn ein CCP ausfällt. Hört sich gut an, bedeutet aber auch, dass die gesicherten Gläubiger bei einer „Abwicklung“ sofort Zugriff auf die zugrunde liegenden Vermögenswerte erhalten. Das führt zu der Frage, wie hoch die Kapitalisierung solcher Clearing-Stellen ist. Die US-amerikanische „Depository Trust & Clearing Corporation“ (DTCC) ist die Muttergesellschaft verschiedener operativer Tochtergesellschaften. Darunter ist die vorne schon erwähnte „Depository Trust Company“ (DTC), bei der die meisten großen US-Broker-Dealer und Banken vollwertige Teilnehmer sind, was bedeutet, dass sie Wertpapiere bei der DTC hinterlegen und halten. Laut konsolidiertem Jahresabschluss vom März 2023 belief sich das gesamte Eigenkapital auf gerade einmal etwas mehr als 3,5 Mrd. Dollar. Zum Vergleich: Die Marktkapitalisierung des gesamten Derivatemarktes von rund 1.000 Bill. Dollar (Billion \wedge 10 hoch 12) ist ungefähr 300.000 mal so hoch.

Reicht wohl dieses Eigenkapital aus, wenn es eine größere Welle von Insolvenzen den Wert der Sicherheiten für kreditfinanzierte Assetbestände drückt und Partner in Verlauf von Handelsprozessen massenhaft zahlungsunfähig werden???

Die **Werthaltigkeit von Finanzinstrumenten** für deren Besitzer unterscheidet sich heute vor dem Hintergrund der riesigen Derivateblase nicht mehr grundsätzlich von Bargeld auf einem Bankkonto. Dieses gilt rechtlich als der Bank ausgeliehen. Geht sie pleite, dient es Gläubigern der Bank als Sicherheit, sie haben den ersten Zugriff. Wie das mit anderen Assets, etwa Aktien oder ETFs aussieht, wird noch erläutert.

Alles schon mal dagewesen: Eine Vorübung für die große Enteignung gab es z.B. schon 1907. Damals verloren die US-Aktienkurse bis November mehr als ein Drittel an Wert. Die Folgen waren für die weltweite Realwirtschaft katastrophal. Die Krise wurde von John Pierpont Morgan und seinem Banken- und Industrieimperium bewusst herbeigeführt – siehe [hier!](#). [Hier](#) kann auf ein Buch von Adolf Hasenkamp aus dem Jahr 1908 zugegriffen werden, das viele wichtige, bis heute wenig bekannte Informationen zu den damaligen Vorgängen dokumentiert.

Sieben Jahre später kam es zum Ersten Weltkrieg. Auch nach dem Ende des nächsten großen Börsencrashes von 1929 bis 1932 kam es ziemlich genau sieben Jahre später zum Krieg, dem Zweiten Weltkrieg.

Die Finanzpanik von 1907 diente einige Zeit später als Rechtfertigung für die Einrichtung des Federal Reserve-Systems. Das Gesetz zur Schaffung der Federal Reserve wurde vom Kongress in den ruhigen Tagen vor Weihnachten 1913 verabschiedet.

1930er Jahre - Präzedenzfall für das 'große Nehmen' (aufklappen)

Webb zitiert zur Politik der Fed in den 1930er Jahren Milton Friedman und Anna J. Schwartz: Sie argumentierten, dass die Große Depression („The Great Contraction“) letztlich durch die Bankenkrise 1933 verursacht wurde. Ein Drittel aller Banken verschwanden, das Vermögen der Bankaktionäre sank und, vor



alles, die Geldmenge schrumpfte um 35%.

Anstatt die Zinssätze zu senken und dem Bankensystem Liquidität zuzuführen, um es vor dem Zusammenbruch zu bewahren, sah die Fed zu, wie aus einer normalen Rezession die Große Depression wurde. Sie ließ einige große öffentliche Bankzusammenbrüche zu. Dies löste Panik und einen allgemeinen Ansturm auf lokale Banken aus. Die Federal Reserve sah tatenlos zu, wie weitere Banken zusammenbrachen.

Friedman und Schwartz argumentierten, dass die Fed all dies hätte verhindern können, wenn sie den entscheidend wichtigen großen Banken Notkredite gewährt hätte. Und sogar nach dem Untergang einiger großer Banken hätte sie noch effektiv eingreifen können. Wie? Durch Aufkaufen von Staatsanleihen auf dem offenen Markt, um Liquidität bereitzustellen und die Geldmenge zu erhöhen. Weitere Banken hätten dann nicht scheitern müssen, und die Geldmenge wäre nicht so drastisch und schnell gefallen.

In einer Rede zu Ehren von Friedman und Schwartz im Jahre 2002 machte sich der damalige Gouverneur der US-Notenbank, Bernanke, diese Sichtweise mit einer Träne im Kopfloch zu eigen. Dieser Nimbus war dann nützlich, um die außerordentlichen Maßnahmen der Fed zu rechtfertigen, die bald darauf in der globalen Finanzkrise folgen würden.

In der Depression der 1930er Jahre nahmen die Fed und die von ihr ausgewählten Banken den Menschen in großem Umfang Dinge weg – ihre Häuser, ihre Autos und ihre neuen Elektrogeräte, die sie mit den hierzu neu eingeführten Verbraucherkrediten gekauft hatten.

Webb fragt: Brauchten die Banker all das fremde Geld, die fremden Sachen? Was ist der Sinn all ihrer Bemühungen? Es war eine bewusste Strategie zur Erlangung von ultimativer, totaler Macht, die keinen Rest von Widerstand zulassen will. Diesem Zweck sollte die künstlich geschaffene Verarmung dienen.

Es ging um Unterwerfung – und genau darum geht es immer noch, und zwar auf so vielfältige und umfassende Weise, dass wir es nur ansatzweise begreifen.

Aus den Bestimmungen des in der vorweihnachtlichen Stille des Jahres 1913 verabschiedeten Federal Reserve Acts folgte unvermeidlich, dass die Fed bei einer ausreichend großen Krise das **Gold** im Besitz der Öffentlichkeit an sich nehmen musste, mit der Begründung, dass andernfalls die Kreditvergabe nicht ausgeweitet werden könnte. Das geschah 1933 und für vier Jahrzehnte blieb Gold im Privatbesitz verboten. Genau dasselbe soll heute mit allen Wertpapieren geschehen, die sich im Besitz der Öffentlichkeit befinden, und zwar weltweit.

Eine Schließung von Banken im großen Stil und die Wegnahme von Bankeinlagen ist also nicht ohne historisches Beispiel. Inhaber von Bankguthaben sind ungesicherte Gläubiger, die keinerlei durchsetzbaren Anspruch auf ihr Geld haben. Auch Einlagen bei großen Banken sind nicht sicher. Die Aufgliederung von Banken in Tochterfirmen erlaubt es etwa, das Derivatrisiko dorthin zu verlagern, wo auch die Kundeneinlagen liegen. Im Falle einer Finanzkrise, „saldiert“ sich das dann zu Null. Die Tochtergesellschaft lässt man pleite gehen, die Muttergesellschaft übersteht die Aktion, die Einleger stehen ohne Geld und Assets da.

Gibt es einen Schutz vor der 'geschützten Klasse'? (aufklappen)

Der US-Einlagensicherungsfonds (Deposit Insurance Fond, DIF) wurde bereits zweimal –in der Savings-and-Loan-Krise der 1980er Jahre und in der globalen Finanzkrise von 2007 und 2008- vollständig aufgezehrt. Bei voller Ausschöpfung einer zusätzlichen Kreditlinie würden sich die Gesamtmittel des DIF auf etwa 2% der versicherten Einlagen belaufen. Wenn also das gesamte Bankensystem zahlungsunfähig



ist, dann erhalten die „versicherten“ Einleger also 2 Cent für einen Dollar.

In Europa wurde 2012 die Bankenunion ins Leben gerufen, angeblich als Reaktion auf die „Eurozonen-Krise“. Damit wurde in 21 Ländern die Verantwortung für die Bankenpolitik von der nationalen Ebene auf die EU-Ebene übertragen. Der Zweck der Bankenunion ist es nach Webb, im Krisenfall die Stabilisierung der Banken durch Verstaatlichung zu verhindern, und zwar unter dem allzu simplen Vorwand, dass keine Steuermittel eingesetzt werden müssten. Auch hier ist eine Gesamtdeckung von 2% der Einlagen (ca. 160 Mrd. Eur) angestrebt.

Der SRB [Abwicklungsausschuss] der EU befürwortet die Abschaffung der Superpriorität für Einlagensicherungssysteme und will sie gemäß der allgemeinen Einlegerpräferenz eingestuft sehen. Deren Einlagen würden dann zwar über denen der ungesicherten Gläubiger, aber unter denen der gesicherten Gläubiger stehen. In der Praxis würde dies bedeuten, dass diese Gelder bei der ersten großen Pleite vernichtet würden. Das scheint das Ziel zu sein, so Webb. Eine echte Superpriorität ist nur der „geschützten Klasse“ vorbehalten; für die Öffentlichkeit gibt es nur den Anschein eines Schutzes, so Webb.

Geld ist ein äußerst effizientes Kontrollsystem. Die Menschen richten sich selbst nach Geldanreizen aus, so dass man nur selten die schwierige, riskante und energieaufwändige direkte Kontrolle durch physischen Zwang einsetzen muss. Das Geldkontrollsystem bricht jedoch am Ende eines monetären „Superzyklus“ zusammen, und zwar dann, wenn auch die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes zusammenbricht. Dieser Prozess zieht sich über mehrere Jahrzehnte hin. Im Herbst 1997 lag die für die M2-Geldmenge bei 2,2, Mitte 2021 lag sie bei 1,2, aktuell kommt sie auf 1,4.

Warum arbeiten gerade jetzt die meisten Zentralbanken weltweit an der Schaffung von Zentralbank-Währungen (CBDC)? Steht dahinter wirklich nur der Wunsch, den Benachteiligten die „Teilnahme am Finanzsystem“ zu ermöglichen, wie es so rührend heißt? Und warum sollte sich der Atlantic Council, eine militärstrategische Denkfabrik, auf CBDCs konzentrieren, fragt Webb.

Zentralbank-Währungen, das neue Kontrollsystem (aufklappen)

Zentralbanken in 114 Ländern, die zusammengenommen 95% der Weltwirtschaft repräsentieren, arbeiten gegenwärtig an Zentralbank-Währungen (CBDC); elf Länder haben digitale Währungen schon vollständig eingeführt, alle G7-Volkswirtschaften sind jetzt in die Entwicklungsphase von CBDCs eingetreten, in 18 der G20-Länder hat diese Entwicklungsphase ein fortgeschrittenes Stadium erreicht.

Wir leben gegenwärtig in einem globalen hybriden Krieg, in dessen Rahmen es auch zum Zusammenbruch des Banken-, Geld- und Zahlungsverkehrssystems weltweit kommen wird, so Webb. Die Kriegsziele werden mit anderen Mitteln als dem Einsatz von Armeen und Waffen erreicht. **Das oberste Ziel der Leute, welche die Zentralbanken und die Geldschöpfung privat kontrollieren, ist es, für immer an der Macht zu bleiben.** Dabei können sie nicht riskieren, dass irgendwo noch Widerstandsnester bleiben.

Agustín Carstens ist der Generaldirektor der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), der Zentralbank der Zentralbanken. In einem [Video einer virtuellen Sitzung](#) mit dem Titel „Grenzüberschreitender Zahlungsverkehr – eine Zukunftsvision“ bringt er kurz nach der 24-Minuten-Marke ganz klar zum Ausdruck: „**CBDC bedeutet absolute Kontrolle.**“

Wenn also das „alte“ Geldsystem irgendwie zusammenbricht, dann wird neues Geld von den Zentralbanken in Form von Central Bank Digital Currency (CBDC), dem neuen und verbesserten Kontrollsystem, bereitgestellt.

Webb: „Stellen Sie sich vor . . . es herrscht Chaos. Sie haben alles verloren, bis auf Ihr Smartphone. (Falls Sie keines haben sollten, keine Sorge – Sie werden eines bekommen.) Sie werden eine App herunterladen



und eine Reihe von Kästchen anklicken, um allem Kleingedruckten zuzustimmen. Ein bestimmter CBDC-Betrag wird Ihnen auf Ihrem Telefon „gutgeschrieben“ werden. Und danach werden Sie sich mit jeder Zahlung, die Sie aus diesen CBDC-Zuteilungen tätigen, immer mehr verschulden. Von nun an wird man Ihnen sagen, was Sie zu tun und zu lassen haben. Und wenn Sie Hunger haben, dann werden Sie sich fügen.“

Die Wirtschaft insbesondere in den entwickelten kapitalistischen Ländern zeigt spätestens seit der Jahrtausendwende eine markante Wachstumsschwäche. Nachfragetreiber wie die Elektrifizierung mit allem, was sie möglich machte (z.B. Kühlung, Geräte aller Art, Industriemaschinen), das Auto und der damit verbundene Ausbau des Straßennetzes und der Vorstädte, die Telekommunikation (Telefon, Radio, Fernsehen), Flugreisen, einen Weltkrieg, gefolgt vom Koreakrieg und dem Wettrüsten im Kalten Krieg, das Bevölkerungswachstum – all das gibt es jetzt nicht mehr.

Künstliche Intelligenz (KI) und Robotik sind von Natur aus deflationär. Wie die Menschen, die nicht mehr gebraucht werden. Wer soll die automatisiert hergestellten Produkte kaufen? Und [KI wird zum ersten Mal in der Geschichte dafür sorgen](#), dass auch hochqualifizierte und vielverdienende Kopfarbeiter wegrationalisiert werden.

Inflation? Das eigentliche Problem heißt Deflation (aufklappen)

Die „Inflation“, die wir jetzt erleben, ist nicht auf die Stärke der Weltwirtschaft zurückzuführen. Das eigentliche, unlösbare Problem unserer Zeit [unseres Wirtschaftssystems] ist nicht die Inflation, sondern die Deflation. Die aktuelle „Inflation“ wird durch massive Geldentwertung und künstliche Verknappung geschaffen (z.B. durch die Auswirkungen der Nordstream-Sabotage), nicht aber durch organische Wirtschaftskraft.

Der gesamte globale Finanzkomplex ist im Grunde eine große ewige Rente, d.h. ein Finanzinstrument ohne festes Fälligkeitsdatum. Die Preise aller festverzinslichen Instrumente werden von den Zinssätzen bestimmt, und die Werte des Aktienmarktes und der Gewerbeimmobilien werden in ähnlicher Weise beeinflusst. Sinkt der Zins, steigt der Wert der Anleihe namens Finanzsystem – und umgekehrt.

Die Fed hat die „Everything Bubble“ unter dem Vorwand geschaffen, die globale Finanzkrise zu bekämpfen, welche sie ebenfalls verursacht hatte. Die Fed schuf diese Blase, indem sie den Leitzins von 5% auf nahe Null senkte, und dann während der zurückliegenden 15 Jahre zumeist auch nahe Null hielt. Aber beginnend im März 2022 hat die Fed den Leitzins innerhalb nur eines Jahres von nahe Null auf mehr als fünf Prozent angehoben.

Dies wird zu einem massiven Preis-Rückgang auf den globalen Finanz- und Immobilienmärkten führen. Die Finanzerträge der letzten 15 Jahre waren eine Illusion, geschaffen durch künstlich nach unten manipulierte Zinsen. Manche trösten sich mit dem Gedanken, dass die Verluste auf dem Derivatemarkt abgesichert werden können. Wenn das geschieht, verschwinden die Verluste aber nicht. Diese Verluste werden sich in den Bilanzen der CCPs konzentrieren, deren Scheitern wird gerne in Kauf genommen – siehe oben!

Manche trösten sich auch damit, dass die Federal Reserve die Zinsen wieder senken wird, wenn sie dazu gezwungen ist. Aber wie in der Großen Depression beharrt die Fed auf hohen Leitzinsen, mit der Begründung, der Arbeitsmarkt müsse erst Schwäche zeigen. Abgesehen davon wird die Rücknahme der Zinsschritte der letzten paar Jahre nicht mehr zum alten Preisniveau zurückführen – das ist einfache Mathematik.

Wenn die „Everything Bubble“ platzt, dann werden wir mit einer deflationären Depression konfrontiert sein, die viele Jahre, ja sogar Jahrzehnte andauern kann. Diese kommende Große Deflation ist ein fester



Bestandteil der Großen Enteignung.

Wie in der Großen Depression wird eine anhaltende Deflation dafür sorgen, dass verschuldete Menschen nicht imstande sein werden, ihre Schulden zu bedienen, geschweige denn sie auf einmal zurückzuzahlen. Sie werden in der Falle sitzen. Alle schuldenfinanzierten Immobilien und Unternehmen werden dann enteignet. Eine tiefgreifende, sich über viele Jahre hinziehende Deflation wird Schulden zu einer mächtigen Eroberungswaffe machen.

Die Architekten der großen Enteignung haben sichergestellt, dass nur sie allein in der Lage sein werden, alles zu nehmen. **Die Bevölkerung wurde systematisch ermutigt, sich zu verschulden.** Das schafft Abhängigkeit, die in Zeiten von Krise und Deflation zu Armut führen kann. Die Menschen sollen zu Boden gehen und nicht mehr hochkommen, so Webb. Ein Blick in die Geschichte zeigt: Schulden sind ein Konstrukt, das dazu dient, reale Dinge zu wegzunehmen.

Moderne Schulden – Konstrukt zur globalen Enteignung (aufklappen)

Es ist lehrreich, so Webb, die tiefere Bedeutung des Wortes „Schulden“ (Engl.: debt) zu betrachten. Nach dem Online Etymology Dictionary bedeutet das lateinische Wort *debere* „schulden“, ursprünglich „etwas von jemandem fernhalten“, von *de* „weg“ plus *habere* „haben“. Im mittelalterlichen Latein bedeutete *habere* „Güter, Kapital, Anlage“.

Ganz im Einklang mit dieser Wortbedeutung hat die Verschuldung (*debt*) seit Jahrtausenden die Funktion, jemanden zu enteignen, ihm Eigentum, Kapital und Investitionen zu entziehen.

Antike Gesellschaften kannten die Praxis des Erlassjahres oder Jubeljahres, d. h. eines umfassenden Schuldenerlasses; sie wurde im Interesse des allgemeinen menschlichen Wohlergehens immer wieder angewandt (siehe [hier!](#)).

In unserer Zeit aber ist kein Schuldenerlass vorgesehen; dies ist an den jahrzehntelangen, gezielten Vorbereitungen für eine Enteignung von gigantischem Ausmaß deutlich zu erkennen. Aber welchem Zweck sollen die ausgeklügelten Konstrukte und Institutionen der Gesellschaft denn sonst dienen, wenn nicht dem menschlichen Wohl? Was könnte wichtiger sein für uns alle als das menschliche Wohlergehen?

Die Machthaber haben u.a. durch Harmonisierung (siehe oben!) ein ausgeklügeltes rechtliches Konstrukt geschaffen, um zu verhindern, dass einzelne Staaten ihre Zentralbanken anweisen, zum Schutz der Einleger mehr Geld zu schaffen. Wenn viele Billionen geschaffen werden können, um private Banken zu retten, könnte dasselbe sicherlich auch getan werden, um die Einleger zu retten, und dies könnte im Prinzip sogar zu einem sozialen Gebot gemacht werden. Dass genau dies verhindert werden soll, zeigt uns die wahre Absicht – Verarmung und Unterwerfung, so Webb.

Der geplante „Great Reset“ des WEF ist menschenfeindlich. Er zielt darauf ab, so etwas wie einen neuen Feudalismus zu etablieren. Die Hauptakteure sind einige Wenige, die die vollständige Kontrolle über alle Zentralbanken, und damit auch über die gesamte Geldschöpfung ausüben. In diesem System wird die Bevölkerung mit dem leeren Versprechen auf Sicherheit in einem Zustand von Entbehrung und Angst gehalten werden. Webb: Wachen Sie auf! Diejenigen, die uns angeblich vor den „Bösewichten“ schützen, sind die Bösewichte!

Eskalation des hybriden Krieges (aufklappen)

In den zurückliegenden Jahren haben wir in einem eskalierenden hybriden Krieg gelebt. Weltweit haben wir offene Medienkontrolle und Propagandakampagnen erlebt; Zensur, bis hin zur Verhaftung von



Menschen, die es wagten, sich öffentlich zu äußern; Überwachung aller Kontakte; Ausgangssperren, Geschäftsschließungen und Maskierungsauflagen; invasive Testauflagen für Arbeitnehmer und Reisende; erzwungene Quarantäne von Reisenden und erzwungene „Impfung“ der gesunden Bevölkerung.

Die Regierungen ließen dabei den Anschein von demokratischen Freiheiten fallen und wurden ermutigt, offenen Despotismus zu praktizieren. Eine funktionierende Kontrolle dieser Macht gab es nicht. Die Gerichte boten der Öffentlichkeit keinen wirksamen Rechtsbehelf.

Ließe man die zentrale Rechtfertigung hierfür, den Schutz vor Krankheit, gelten, so bedeutete dies den Untergang der Demokratie und die Fortführung offen despotischen Regierens. Denn Erreger sind zahlreich und allgegenwärtig, sie verändern sich laufend. Sie waren immer da und werden immer da sein. [Die WHO arbeitet gerade daran](#), jederzeit eine Pandemie ausrufen zu können, die den Vorwand zu einer zentralen internationalen Kontrolle des sozialen Lebens liefert.

Es gibt Pläne, die physische Kontrolle über den Körper eines jeden Menschen zu erlangen, diese Bestrebungen gehen weiter – Stichwort „Transhumanismus“. Warum geschieht dies? Webb sagt, das liegt daran, dass die Macht der Herrschenden kollabiert. Das „Kontrollsystem“ hat das Stadium seines Zusammenbruchs erreicht.

Ihre Macht basierte auf Täuschung. Ihre beiden großen Werkzeuge für diese Täuschung, Geld und Medien, waren äußerst energieeffiziente Mittel der Kontrolle. Aber diese Kontrollinstrumente brechen derzeit zusammen. Daher haben die Mächtigen Maßnahmen zur physischen Kontrolle ergriffen.

Physische Kontrolle ist jedoch schwierig, gefährlich und erfordert im Gegensatz zur Herrschaft durch Täuschung enorme Energie, enormen Aufwand. Mithin riskieren sie auch, sichtbar zu werden. Wo wollen sie sich verstecken, nachdem sie sich das gesamte Vermögen genommen, die gesamte Menschheit geschädigt und Milliarden ins Elend gestürzt haben.

Sie wollen uns glauben machen, dass sie allmächtig sind. Aber alles, was sie von sich aus haben, ist die Macht, Geld zu drucken. **Die Schaffung von Zentralbankgeld soll diesen Zustand perpetuieren.**

Die Spuren ihres Wirkens in der Welt – kriegerische Zerstörung, wirtschaftliche Verwüstung, Schädigung der Umwelt. Wenn es um die reale Welt geht, dann sind sie nur in einem außergewöhnlich gut: Dinge zu zerstören. Wenn sie das geschafft haben, dann erklären sie sich zu Siegern und schieben die Schuld für den angerichteten Schaden auf andere. Und dann rufen noch dazu auf, unter ihrer Führung die Welt besser wieder aufzubauen...

Ihre Machtstruktur kann und muss gewaltfrei beseitigt werden, so Webb. Wir kennen die Personen und Organisationen, welche an den Hebeln der Macht sitzen und diese Hebel mit kriminellen Absichten gegen die Masse der Menschen betätigen. Die Loyalität dieser Funktionäre ist aber unbeständig und hängt von ihren persönlichen Interessen ab. Indem man diese Personen direkt und persönlich darauf hinweist, dass ihre Handlungen dokumentiert und strafrechtlich verfolgt werden, kann man sie dazu bringen, von weiteren kriminellen Handlungen Abstand zu nehmen. **Auch das ist die Aufgabe alternativer Medien.**

Nach Webb gab es noch nie in der Geschichte ein System, das so wenige auf Kosten so vieler begünstigt hat. Und er fragt: Ist dies nicht von Natur aus instabil und unhaltbar? Die Große Enteignung, der „Great Reset“, soll die Erfüllung dieses feudalistischen Systems sein. Und es soll ewig herrschen.

„2030 – Sie werden nichts besitzen. Und Sie werden glücklich sein.“
Ich kann es kaum erwarten...



Oder ist alles nur Verschwörungstheorie?

Denn das WEF sagt doch, wir haben zwar 2030 nichts mehr, aber wir können uns alles leisten, ähem, leihen.

Was glauben Sie?

Weitere Quellen und Fall-Beispiele: „[Bank, Broker, KAG pleite – was nun?](#)“

Siehe auch „[The Great Taking Exposes the Financial End Game](#)“